



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

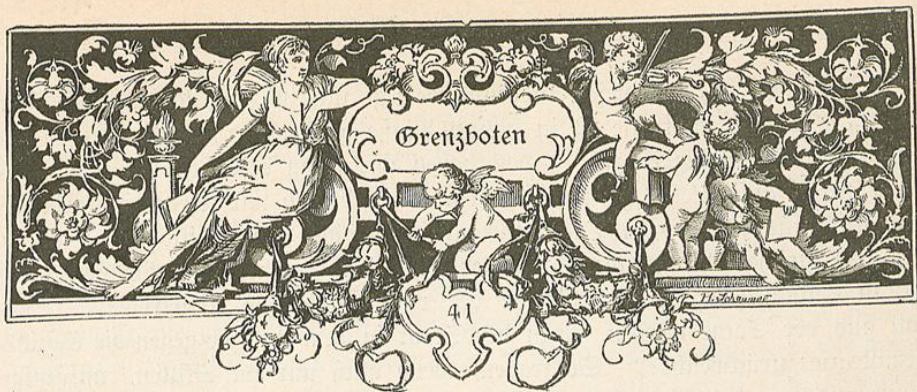
**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Nach dem ersten Oktober

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Nach dem ersten Oktober



Deutschland hat während der Jahre 1870 bis 1890 eine Periode der Macht, des Glanzes, des Reichthums und der bürgerlichen Freiheit durchlebt, wie es eine gleiche nie zuvor in seiner Geschichte gehabt hat. Aber diese glückliche Zeit hat doch keine schwerer Übel in sich getragen. Der zunehmende Reichthum hat bei allen Ständen die Sucht nach Wohlleben, bei den niedern Ständen insbesondre aber den Neid und die Begehrlichkeit nach den Gütern der höhern geweckt und gesteigert. Für die auf diese bösen Leidenschaften gegründeten Triebe hat man ein System erfunden, das sie mit einem gewissen Schein der Berechtigung umgiebt. Die Mittel, die die bürgerliche Freiheit an die Hand gab, gestatteten, die Truglehren dieses Systems weit in die Massen des Volkes hineinzutragen. Damit ist die größte Gefahr erwachsen, die jemals die bürgerliche Gesellschaft bedroht hat. Das ist die Sozialdemokratie. Alle frühern Revolutionen waren im wesentlichen Kämpfe um die politische Gewalt. Die Sozialdemokratie droht mit einer Revolution wider das Eigentum und damit wider die ganze Grundlage unsrer Kultur. Einen gewissen Schutz gegen die wachsende Gefahr gewährte das Sozialistengesetz. Hat es auch nicht die Sozialdemokratie unterdrücken können, so hat es doch wesentlich ihre Ausbreitung, namentlich auf die Kreise der ländlichen Bevölkerung, gehindert oder erschwert. Unter seinem Schutze blieb das öffentliche Vertrauen erhalten, das dem friedlichen Bürger ermöglichte, andauernd für seinen Wohlstand und damit zugleich für den Wohlstand der Nation fortzuarbeiten.

Seit dem ersten Oktober ist das anders geworden. Das Sozialistengesetz ist gefallen. Das Evangelium des Umsturzes darf wieder von allen Dächern gepredigt werden.

Grenzboten IV 1890

Die nächste Folge dieser Änderung bewegt sich in zwei Richtungen. Der Mut der Sozialdemokratie ist in hohem Maße gestiegen. „Seht — rufen die Führer ihren Anhängern zu —, das haben wir schon erreicht, daß man nicht mehr wagt, unsre Lehre zu unterdrücken. Nun dürfen wir wieder frei arbeiten und alles für den großen Tag vorbereiten, wo die Bourgeoisie fallen muß.“

In gleichem Maße aber, wie der Mut der Sozialdemokraten gewachsen ist, ist Entmutigung in den Reihen der ruhigen Bürger eingetreten. „Was soll aus der Sache werden, wenn der Staat in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie zurückweicht?“ So fragen, wenn auch nur im Stillen, unzählige Vaterlandsfreunde. Vergebens suchen die, die aus politischer Verblendung oder auch vielleicht nur aus Haß gegen die damaligen Träger der Regierung das Sozialistengesetz bekämpften, mit allerhand Trostgründen die weit verbreitete Empfindung zu dämpfen. Sie besteht und läßt sich nicht hinwegleugnen. Man sagt, es sei ein Unglück gewesen, daß durch das Sozialistengesetz die Bürger sich in eine falsche Sicherheit hätten einwiegen lassen. Das mag in gewissem Sinne richtig sein. Aber Deutschland hat sich doch bei dieser Beruhigung nicht schlecht gestanden. Und jedenfalls ist es eine seltsame Heilmethode, wenn man, um jemandem das Bewußtsein der Gefahr beizubringen, die Gefahr selbst steigert. Nun sagt man freilich: Die Bürger sollen jetzt den Kampf gegen die Sozialdemokratie selbst aufnehmen und dadurch die Gefahr abwenden. Man giebt sich der Hoffnung hin, die Sozialdemokratie werde endlich, da sie wieder das freie Wort habe, „in ruhiger Sprache“ das Wesen ihres kommunistischen Staates darlegen; und dann sei es Aufgabe der übrigen Parteien, zu zeigen, daß ein solcher Staat unmöglich sei. Darnach soll dann der Abfall der großen Massen von der sozialdemokratischen Lehre zu hoffen sein. Es ist wirklich schwer, über solche Hoffnungen ernsthaft zu reden. Akademische Erörterungen haben weder die Sozialdemokratie geschaffen, noch werden sie sie tot machen. Was sollen denn die Bürger thun, um den Kampf zu führen? Sollen sie Broschüren und Zeitungsartikel schreiben, die doch nicht gelesen werden? Oder sollen sie in die sozialdemokratischen Versammlungen gehen und Gegenreden halten, um bei den ersten Worten hinausgeworfen zu werden? Durch die Kulturarbeit von Jahrhunderten glaubte man es dahin gebracht zu haben, daß den Schutz gegen Roheit und Bestialität der Staat in die Hand nehme und nicht seine Bürger auf den bloßen Selbstschutz verweise. Mit einer so wüsten Agitation, wie der sozialdemokratischen, kann der ruhige und vor allem der gebildete Mann nimmer in Konkurrenz treten.

Was die Sozialdemokraten wollen, das ist doch wohl durch ihre Kundgebungen klar genug. Es nicht noch klarer auszusprechen, dazu haben sie ihre guten Gründe. Sie wollen den Besitzenden ihr Vermögen nehmen und, wenn diese sich widersetzen, kurzen Prozeß mit ihnen machen. Dem Namen nach soll ihnen ihr Vermögen genommen werden, um als „Gemeingut der

Gesellschaft“ für den Zweck der „Gesamtproduktion“ zu dienen. Der Sache nach würde es die Taschen des Proletariats füllen und in einer wüsten Orgie von einigen Wochen oder Monaten verschleudert und verpraßt werden. Wird einmal geraubt, dann will jeder zunächst für sich selbst rauben; das ist klar. Zu einer „Gesamtproduktion“ wird es niemals kommen. Die Idealisten, die wirklich an die Möglichkeit einer solchen glauben und versuchen sollten, sie ins Werk zu setzen, würden bald denselben Weg wandern, auf den sie selbst vorher die Bourgeoisie geschickt hätten. Die Revolution würde die blutigste werden, die jemals die Weltgeschichte gesehen hat. Denn wenn man das Mein und Dein in Frage stellt, so bedeutet das einen Krieg aller gegen alle. Während sich so die Nation im Innern zerfleischt, würden unsre Grenzen den feindlichen Nachbarn offen stehen, um das, was mit teurem deutschen Blute errungen ist, und noch vieles andre dazu von unserm Vaterlande abzureißen. Glücklicherweise wird dann endlich aus dem Chaos von Raub und Blut eine Säbelherrschaft auftauchen, die wieder Ordnung schüfe. Aber Wohlstand und bürgerliche Freiheit würden auf unabsehbare Zeit vernichtet sein.

Wenn man diese ungeheuern Gefahren klar vor Augen sieht, dann, sollte man meinen, müßte die bürgerliche Gesellschaft, um deren Dasein es sich handelt, alles aufbieten, um die Träger der verderblichen Lehren mit ihrer Volksverführung nicht aufkommen zu lassen. „Nein!“ sagen unsre modernsten Sozialpolitiker. „Die Sozialdemokraten sind Staatsbürger, wie alle andern auch. Sie haben das Recht der freien Meinungsäußerung. Presse und Versammlung müssen ihnen zur Verbreitung ihrer Lehren zu Gebote stehen. Sie müssen das Recht haben, sich für ihre Zwecke zu organisieren. Also lassen wir sie ihre Tätigkeit in voller Freiheit entwickeln.“ Wenn in eine anständige Gesellschaft ein Herr träte, der offen erklärte, daß es ihm weniger um die Unterhaltung, als um die Uhren der übrigen Herren zu thun sei, darauf aber diese, statt ihn hinauszuworfen, sich höflichst mit ihm unterhielten und nur manchmal nach der Tasche fühlten, ob die Uhr noch drin sei, so würde das ein ganz ähnlicher Vorgang sein.

Natürlich liegt diesem edeln Liberalismus der Hintergedanke zu Grunde, daß zur Zeit der Staat die Macht habe, jeden Versuch der Sozialdemokraten zur Verwirklichung ihrer Lehren sofort niederzuschlagen. Das ist wahr. Für den Augenblick haben wir nichts zu fürchten. Ob aber auch für alle Zukunft? Über die Frage, wie sich unter Umständen die Verhältnisse ändern könnten, läßt sich ja sehr schwer reden, und wir wollen es auch gar nicht versuchen. Wir wollen nur das eine sagen: Die Gefahr, um die sich handelt, ist zu groß, als daß nicht auch schon eine entfernte Möglichkeit ihrer Verwirklichung uns zu der äußersten Anstrengung ihrer vorsorglichen Abwehr veranlassen müßte.

Mag man noch so sehr die Ansicht vertreten — und wir selbst vertreten sie —, daß es Pflicht des Staates sei, innerhalb der bestehenden Gesellschafts-

ordnung die Lage der Arbeiter möglichst zu verbessern, so halten wir es doch für eine noch viel schwerer wiegende Pflicht des Staates, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln der Ausbreitung der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Es ist ja möglich, daß diese Mittel doch nicht ausreichen und daß schließlich die Welt dem sozialistischen Chaos verfällt. Dann hätte man aber doch wenigstens seine Pflicht gethan. Daß man aber gelassen zusieht, wie dieses Chaos sich wachsend vorbereitet, und daß man nur auf die Macht pocht, die zur Zeit dessen Hereinbruch hindert, das halten wir für keine glückliche Wahl.



## Billige Wohnungen

Von Traugott Trunk



ie Stadt Weimar erfreut sich überall eines klangreichen Rufes, und zwar nicht bloß weil sie als die einstige Wirkungsstätte unsrer größten Dichter geehrt wird, sondern auch weil sie in dem regierenden Landesherrn einen für alles Edle und Schöne begeisterten Mäcen gefunden hat, dem es gelungen ist, seinem geliebten Weimar eine führende Stelle auf dem Gebiete der Künste zu erringen. Selten dagegen ist von Weimar auf sozialem Gebiete die Rede, und doch gebührt dem alten Musensitz auch in dieser Beziehung ein Ehrenplatz vor manchen andern Städten. Ich will hier nicht reden von den mannichfachen, planmäßig in einander eingreifenden und zum Segen weiter Kreise wirkenden Wohlthätigkeitsanstalten, für die insbesondre die wegen ihrer opferfreudigen Barmherzigkeit in allen Bevölkerungsklassen innig verehrte Großherzogin Sophie die wärmste Teilnahme bekundet, sondern von einem Unternehmen neuesten Datums, durch das für die Stadt Weimar die Lösung einer brennenden Zeitfrage erfolgreich in Angriff genommen worden ist. Obwohl sich dieses Unternehmen, den Verhältnissen einer mittlern Stadt angemessen, nur in engem Rahmen bewegt und bewegen kann, so dürfte es doch für viele Städte in der Nähe und Ferne von praktischem Interesse sein, zu erfahren, wie man eine schwierige und wichtige Humanitätsaufgabe gelöst hat. Es ist von ganzem Herzen zu wünschen und zu hoffen, daß das gegebene Beispiel auch anderwärts anregend wirken möge.

Die Vorstandsmitglieder des in Dienste freiwilliger Armenpflege stehenden „Prinzessinnen Marie=Elisabeth=Vereins in Weimar,“ die seit einer Reihe von Jahren eifrig und erfolgreich bemüht sind, in Fällen außerordentlicher Familien-